

ORIENT

37. Jahrgang Nr. 4

Dezember 1996

Eyad al-Sarraj (Iyâd al-Sarrâj)
Palästinensischer Menschenrechtler

Eyad al-Sarraj wurde am 27. April 1944 im damaligen Britischen Mandatsgebiet Palästina geboren. Er ist verheiratet, hat zwei Kinder und besitzt die britische und palästinensische Staatsbürgerschaft; was letztere bedeutet und wie sie sich konkret ausgestaltet, ist augenblicklich noch unklar. Seine Schulbildung erhielt Sarraj in Gaza nach ägyptischen Lehrplänen, da der Gazastreifen von 1948 bis 1967 von Ägypten besetzt war. Folgerichtig begann er sein Medizinstudium 1963 an der Medizinischen Fakultät der Universität von Alexandria. Dieses schloß er 1971 mit den Abschlüssen M.B. und B.Ch. ab. Mit einem Stipendium der WHO studierte er Psychiatrie am Psychiatrischen Institut der Universität von London, das er mit dem Diplom (D.P.M.) abschloß. Von 1971 bis in die neunziger Jahre arbeitete er in verschiedenen medizinischen Einrichtungen in Bethlehem und Gaza City. Über acht Jahre war er Direktor des Mental Health Service in Gaza. Insbesondere hat er sich für die Rehabilitation von Folteropfern eingesetzt und versucht, sie wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Über die psychischen Folgen der Folter und der israelischen Besatzungspolitik, die bei vielen Palästinensern zu Traumata geführt haben, hat er intensiv publiziert.

Sarraj ist Mitglied zahlreicher Organisationen. So gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Arab Medical Association in Gaza. Unter anderem ist er Mitglied der American Psychiatric Association in Washington, D.C., der World Federation of Mental Health, der International Society of Political Psychology in den USA, des Rehabilitation and Research Center for Torture Victims (IRCT) in Dänemark sowie des Mental Health Committee in the Palestinian Health Council in Gaza, um nur die wichtigsten zu nennen. Er gehörte als Mitglied der palästinensischen Delegation an, die in Washington in zehn Runden erfolglos mit den Israelis Verhandlungen geführt hat. Schon frühzeitig setzte er sich für die Einhaltung der Menschenrechte und für einen fairen Ausgleich mit Israel ein, der allerdings in Würde stattfinden sollte. Es war also nur folgerichtig, daß Sarraj die Leitung der Palestinian Independent Commission for Citizen's Rights von Hanan Ashrawi übernahm, als diese Ministerin für Höhere Bildung in der Regierung Arafat wurde. Einen besseren Anwalt für Menschenrechte konnte die Organisation nicht bekommen, die vormals von Arafat selbst genehmigt worden war. Gerade sie sollte die sich abzeichnende Diktatur des „Präsidenten von Palästina“ in der Person von Sarraj auf das schärfste kritisieren. Darauf wird später noch zurückzukommen sein.

Trotz Autonomieabkommen zwischen Israel und den Palästinensern hat sich an der miserablen Lage der Palästinenser und der Mißachtung ihrer Menschenrechte durch das israelische Besatzungsregime nichts geändert.¹ Der Friedensprozeß hat

¹ Vgl. Ludwig Watzal, *Friede ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser*, Böhlau Verlag, Köln-Weimar-Wien 1994; ders., *Menschenrechte und Friede im Nahen Osten*, in: *Vorgänge*, 34 (1995) 3, S. 1-9.

aber ein neues Phänomen hervorgebracht, und zwar die Menschenrechtsverletzungen der Palästinenser² durch ihre eigene Autonomieregierung. Durch die Etablierung der palästinensischen Behörde hat sich die Lage der Palästinenser noch verschlimmert. Sie haben es jetzt mit zwei repressiven Regimen zu tun. Die Palästinenser sind jetzt Gefangene geworden zwischen Israel, ihrer eigenen Regierung und den islamischen Gruppen, die ihre Sichtweise der Bevölkerung aufzwingen wollen. Somit hat sich die Lage der Menschenrechte der Palästinenser wesentlich verschlechtert. Es gibt auch hier eine systematische Verletzung von elementaren Rechten wie dem Recht auf Leben, der Versammlungs- und Redefreiheit, der friedlichen Opposition und der Sicherheit. Da Arafat nach Auffassung der Israelis für Ruhe, Ordnung und Sicherheit in seinen Enklaven zu sorgen hat, ging er sofort daran, einen umfassenden Sicherheitsapparat aufzubauen. Seine neun Geheimdienste haben von ihrem Vorbild, dem israelischen Inlandsgeheimdienst Shin Bet, gelernt. So werden Palästinenser eingeschüchtert, bedroht, willkürlich gefangen genommen und mißhandelt. Über 1000 Palästinenser sind im Rahmen der Aktionen gegen Hamas und den Islamischen Jihad verhaftet worden, ohne offiziell angeklagt worden zu sein, ohne daß sie einen Anwalt zu sehen bekamen. Informationen wurden durch Folter erpreßt. Die USA und Israel drückten ihre Zufriedenheit mit Arafats rücksichtslosem Vorgehen aus, forderten aber noch mehr von ihm.

Bisher wurden acht Palästinenser schon vom eigenen Geheimdienst zu Tode gefoltert. Der achtundzwanzigjährige Mahmud al-Dschamil erlag am 1. August seinen Verletzungen, die ihm im Gefängnis von Nablus durch den palästinensischen Geheimdienst beigebracht worden sind. Unter mysteriösen Umständen starb am 13. August Nahid Mujahid Dahalan im Nasr Krankenhaus in Khan Younis.³ Nach Angaben der Jerusalem Times von 2. Februar 1996 wurden im Gebiet von Bethlehem fünfzehn Palästinenser vom eigenen Sicherheitsdienst schwer mißhandelt. Mehrere Abgeordnete des „Palästinenserrates“ verlangten die Einstellung der Folterungen von eigenen Landsleuten. Auf der Anfang Februar abgehaltenen Konferenz über die Lage der Menschenrechte in Bethlehem wurden die Folterungen durch den Arafat-Geheimdienst auf das schärfste verurteilt. Die Verabschiedung von Richtlinien für die Behandlung von Gefangenen wurde gefordert.

Immer wieder wird im Zusammenhang mit den Folterungen von Palästinensern der Sicherheitschef von Jericho, Jibril Rajub, genannt, der Chef des Preventive Security Service (PSS). Er saß siebzehn Jahre in israelischen Gefängnissen, bevor er 1988 in den Libanon deportiert wurde. Auf einer Pressekonferenz im Oktober 1995 griff er die „politisch motivierten“ Menschenrechtsaktivisten an, insbesondere den langjährigen Mitarbeiter von B'Tselem, Bassam Eid. Rajub bezeichnete ihn als „Agenten“, der für die israelische Polizei arbeite. Eine solche Anschuldigung kommt einem Todesurteil gleich. Bassam Eid und andere Menschenrechtsorganisationen beschwerten sich daraufhin bei Yassir Arafat, der durch seinen Sprecher erklären ließ, daß das Leben Eids nicht in Gefahr sei. Die Anschuldigungen Rajubs nahm aber auch er nicht zurück. Am 2. Januar 1996 wurde Eid aus seiner Wohnung im Flücht-

ders., Die Lage der Menschenrechte im israelisch-palästinensischen Friedensprozeß, in: S+F, 14 (1996) 2, S. 91-96; Human Rights Watch, Israel's Closure of the West Bank and Gaza, Washington, D.C. 1996.

2 Vgl. Khader Shkeirat, State of human rights in Palestinian territories: cause for alarm, in: Palestine Report vom 24. Mai 1996, S. 10 f.; Shyam Bhatia, Tortures in the service of Arafat, in: Guardian Weekly vom 7. July 1996; Jörg Bremer, Sind Palästinenser rechtlos?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juli 1996.

3 Schon frühzeitig wurde auf die sich abzeichnende Diktatur Arafats hingewiesen. Vgl. Ludwig Watzal, Arafats Diktatur. Der Palästinenserstaat als selbstverwaltetes Gefängnis, in: Lutherische Monatshefte, (1995) 9, S. 21-24; Shyam Bhatia, Arafat drops pretence at democracy, in: Guardian Weekly vom 11. August 1996; Proteste in Nablus nach Foltertod, in: die tageszeitung (taz) vom 2. August 1996; Amos Wollin, Arafats Polizei erschießt Palästinenser, in: taz vom 5. August 1996; Man killed in PA police custody, in: Palestine Report vom 23. August 1996, S. 4; Presseerklärung zum Tode von Dahalan vom 14. August 1996 vom Palestinian Centre for Human Rights in Gaza.

lingslager Shuafat in Ost-Jerusalem zur Polizeistation in Ramallah bestellt und dort vierundzwanzig Stunden im Hauptquartier der „Force 17“ festgehalten und dann freigelassen. Diese Maßnahme zeigt, daß die palästinensische Behörde ihre Kritiker einschüchtern und mundtot machen will. Weiterhin ist die freie Arbeit von palästinensischen Menschenrechtsorganisationen nicht mehr gewährleistet. Rechtsanwalt Raji Sourani vom Gaza Center for Rights and Law und Jan Abu Shakrah vom Palestine Human Rights Information Center wurden kurzerhand abgesetzt bzw. zum Rücktritt veranlaßt, weil sie es gewagt hatten, Arafats Vorgehen zu kritisieren. Letztere kehrte deshalb mit ihrer Familie in die USA zurück.

Der PSS hält sich weder an Recht noch Gesetz. Er begeht außergerichtliche Straftaten, Entführungen, Folter und ausgedehnte und willkürliche Festnahmen von Palästinensern in der Westbank. Die Opfer werden generell „moralischer Verstöße“ bezichtigt wie Prostitution oder außerehelichen Sexualverkehrs, Drogenkonsum, Diebstahl oder Kollaboration mit israelischen Behörden. In keinem Fall wurde gegen die Verhafteten ein Haftbefehl erlassen, noch wurden sie formal angeklagt oder hatten die Gelegenheit, sich zu verteidigen. Für alle diese Verstöße und Übergriffe ist natürlich der PSS verantwortlich. Israel trägt aber insofern eine Mitverantwortung, als es nach Völkerrecht für die Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung unter seiner Herrschaft verantwortlich ist. Trotz dieser Verpflichtung haben die israelischen Sicherheitsdienste nichts gegen diese Übergriffe unternommen. Dies zeigt, daß Israel primär an seiner Souveränität als an der Sicherheit der ihm unterstellten Bevölkerung interessiert ist. Es gibt Hinweise auf eine geheime Vereinbarung zwischen Israels General Security Service (GSS) und dem palästinensischen PSS. Der Chef des PSS in der Westbank, Rajub, und Mohammed Dahlan, der den gleichen Sicherheitsdienst in Gaza leitet, trafen sich im Januar 1996 mit dem früheren israelischen GSS-Chef Yaacov Peri in Rom. Aus diesem Treffen ging zwar keine formale Vereinbarung hervor, sondern man einigte sich nur auf eine Art „understanding“. Diese „Rom-Vereinbarung“ existiert de facto nicht, aber sie wird trotzdem angewandt. Inzwischen arbeiten beide Geheimdienste geräuschlos und effektiv zusammen. Fünfzehn „gesuchte“ Palästinenser konnten aufgrund von PSS-Informationen vom israelischen Geheimdienst verhaftet werden. Wie sagte der ehemalige israelische Außenminister Ehud Barak: „Die Namen der Terroristen sind bekannt, die palästinensischen Behörde muß ihnen nachgehen und sie verhaften.“

Für viele Palästinenser ist die Übernahme der israelischen Sicherheitsdoktrin nicht ein Ausdruck von Selbstbestimmung, sondern von Niederlage und totaler Unterwerfung. Wenn man diese Sicherheitsdoktrin ihres rhetorischen Mantels entkleidet, ist sie nichts weiter als die Implementierung der territorialen und militärischen Ziele Israels in den besetzten Gebieten. Der ehemalige Ministerpräsident Yitzhak Rabin erklärte in der Debatte um die Verträge von Oslo im August 1993 in der Knesset: „We are prepared to be party to establishing a reality whereby internal Palestinian security will be in Palestinian hands.“ Eine Woche danach lieferte er die Begründung nach. „The Palestinians will be better at it than we are, because they will allow no appeals to the Supreme Court and will prevent the Israeli Association of Civil Rights from criticizing the conditions there by denying it access to the area. They will rule by their own methods, freeing, and this is most important, the Israeli soldiers from having to do what they will do.“ Zynischer kann man meines Erachtens die Rolle, die Arafat spielen soll, nicht beschreiben.

Insbesondere das von Arafat im Februar 1995 auf Druck der USA und Israel eingerichtete Staatssicherheitsgericht ist ein Skandal. Diesem ominösen „Gericht“ sitzen

inkompetente Militärs vor. Es gibt keine Protokolle, die Gefangenen wissen bis kurz vor der Verhandlung nichts über die Vorwürfe, es sind keine Anwälte zugelassen, und das Gericht tagt fast ausschließlich nachts, da es sich tagsüber in den Fall einarbeiten müsse, wie es der palästinensische Generalstaatsanwalt Khaled al-Qidrah nennt. Das Gericht verhängt drakonische Strafen, gegen die es keine Einspruchsmöglichkeit gibt, sondern nur die Gnade Arafats. Durch dieses Gericht werden selbst die minimalsten Standards für einen fairen Prozeß verletzt. Arafat und seine Geheimdienste ignorieren die Entscheidungen dieses Gerichts, wenn sie ihnen nicht opportun erscheinen. So ordnete das palästinensische Oberste Gericht am 18. August 1996 die Freilassung von zehn Studenten an, die seit März im Gefängnis in Ramallah einsitzen. Erfolgt ist sie jedoch nicht.⁴

In den autonomen besetzten Gebieten herrscht nicht Rechtssicherheit. Es herrschen Chaos, Willkür, Unterdrückung und völlige Rechtsunsicherheit.⁵ An diesem Zustand hat sich bis heute nichts geändert. Ihn kritisierte der palästinensische Psychiater Dr. Eyad al-Sarraj am 6. Mai 1996 in einem Interview mit der New York Times,⁶ worauf er am 18. Mai von Arafats Sicherheitsdienst verhaftet worden ist. Erst nach intensiven internationalen Protesten wurde er am 26. Mai freigelassen. Die Untersuchungen gegen ihn gehen laut Generalstaatsanwalt Khaled al-Qidrah jedoch weiter. Sarraj mußte ein „bindendes Versprechen“ unterzeichnen, keine Äußerungen gegenüber der lokalen oder internationalen Presse abzugeben, die den Gesetzen widersprechen. Sarraj wurde erstmalig bereits am 7. Dezember 1995 von der Polizei für einen Tag festgehalten, dann aber wieder freigelassen. Am 10. Juni wurde Sarraj wieder verhaftet. Sein Aufenthaltsort blieb zuerst unbekannt. Seine Familie und sein Anwalt Raji Sourani konnten ihn nicht sehen. Nach eigenen Angaben wurde er gefoltert.⁷

Welcher „Verbrechen“ hatte sich Sarraj schuldig gemacht? In dem besagten Interview mit der New York Times sagte er: „Die Menschen fühlen sich eingeschüchtert. Es gibt ein überwältigendes Angstgefühl. Das Regime ist korrupt, diktatorisch und unterdrückerisch. Ich sage das mit einem Gefühl der Traurigkeit, aber während der israelischen Besatzung war ich hundert Mal freier. Ich schrieb in der israelischen und arabischen Presse. Heute werde ich von unserer Presse und unserem Fernsehen boykottiert. Es gibt viele willkürliche Verhaftungen, ohne Anklage, ohne Grund. Die Behörden unterhalten neun Sicherheitsdienste, jeden mit eigenen Gefängnissen. Menschen werden systematisch gefoltert.“ Zur israelischen Besatzung sagte er: „Unter der Besatzung fühlten wir die brutale Gewalt, aber wir fühlten nicht die tägliche Erniedrigung, da wir heute von der eigenen Regierung unterdrückt werden.“ Sarraj äußerte, daß die Menschen nicht fühlten, daß die politische Entwicklung ihnen etwas Positives gebracht habe. „Dieser Prozeß hat Gaza und die Westbank in ein

⁴ Vgl. Peter Dickie, High Court ruling ignored, in: The Jerusalem Times vom 23. August 1996.

⁵ Dieser rechtlose Zustand herrschte bereits drei Monate nach Arafats Ankunft in Gaza. Vgl. Ludwig Watzal, „Ignoranz vor dem Gesetz“, in: taz vom 24. September 1994; ders., „International Human Rights Enforcement: the case of the occupied Palestinian territories under political transition“, 17.-18. September 1994 in Jerusalem, in: Orient, 36 (1995) 1, S. 28-34.

⁶ Vgl. At Home Abroad. Interview mit Dr. Eyad al-Sarraj, in: New York Times vom 6. Mai 1996, S. 15. Zwischen der ersten und zweiten Verhaftung gab Sarraj der Chefredakteurin Roni Ben Efrat ein Interview: I Choose Dignity over Fear, in: Challenge, VII (1996) 4, S. 6-8.

⁷ Vgl. Amos Wollin, Arafat-Kritiker bleibt in Haft, in: taz vom 15./16. Juni 1996; ders., Arafat will seinen Gegner mundtot machen, in: taz vom 19. Juni 1996; Lamis Andoni, Silencing dissent, in: Middle East International (MEI), Nr. 526 vom 24. Mai 1996, S. 7 f.; Land & Water Est. For Studies & Legal Services, Dr. Eyad Sarraj arrested again, Presseerklärung vom 12. Juni 1996; Michael Verity, Sarraj arrest raises questions, in: The Jerusalem Times vom 14. Juni 1996; Stephanie Nolen, Sarraj released: says PA doesn't understand human rights, in: Palestine Report vom 31. Mai 1996, S. 16; Sarraj back in jail, in: Palestine Report vom 14. Juni 1996, S. 16; The Case of Dr. Sarraj, in: Mandle Institute Newsletter, Special Edition vom 25. Juni 1996.

neues Gefängnis verwandelt. Präsident Arafat wird gedemütigt; sein Volk wird gedemütigt. Wir sind nicht stolz auf unsere Regierung.“ Der Druck werde noch durch die katastrophale wirtschaftliche Lage verschärft. „Die Menschen sind auf ihre natürlichen Instinkte zurückgeworfen. Sie reagieren apathisch, wenn sie etwas über Demokratie und Menschenrechte hören. Was sie beschäftigt, ist Brot. Die Stimmung in Gaza ist nicht positiv. Die Menschen fühlen sich entfremdet, deprimiert und hoffnungslos. Hoffnungslosigkeit ist das schlimmste Gefühl, das man haben kann.“

Sarraj hatte sich schon seit vielen Jahren für einen Ausgleich mit Israel eingesetzt, aber für einen „Frieden in Würde“. „Die Art des Friedens, den wir haben, kommt einer totalen psychologischen Aufgabe gleich. Er ist viel schädlicher für den einzelnen, als einen Krieg zu führen.“ Auch über die Friedensabsichten von Peres äußerte er sich skeptisch bis enttäuscht. „Peres gibt mir nicht das Gefühl, als ob er für Frieden sei, so wie ich ihn verstehe. Ich erwarte nicht von jemandem, der über Frieden redet, daß er so viele Menschen im Libanon tötet. Wie kann er für Frieden sein, wenn seine Politik die Palästinenser so demütigt? Er läßt ihnen noch nicht einmal Bewegungsfreiheit.“

Vielleicht sehnen sich die Palästinenser und die palästinensischen Menschenrechtsorganisationen eines Tages nach der israelischen Besatzung zurück, weil die Organisationen unter Besatzung frei arbeiten konnten und sich einem weitestgehend geregelten formaljuristischen *Procedere* gegenübersehen, das sie nach außen hin zwar formal korrekt behandelte, sie aber trotzdem indirekt weiter diskriminierte und unterdrückte. Der Terminus „befreite Gebiete“ für die Städte der Westbank klingt in Anbetracht dieser Vorgänge wie purer Zynismus. Immer wieder schüchtert Arafats Polizei Journalisten und die Herausgeber von Zeitungen ein, wenn sie nicht so berichten, wie er es will. Proteste von Journalisten ignoriert er. Der Herausgeber der Hamas-Zeitung, al-Watan, wurde wegen aufrührerischer Artikel zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Immer wieder wird das Erscheinen dieser Zeitung sowie anderer Presseerzeugnisse zeitweise verhindert. Gedruckte Materialien werden beschlagnahmt. Regierungskritisches Material darf nicht gedruckt werden. Für Israel und die palästinensische Behörde gilt: Für den Frieden müssen die Menschenrechte auf der Strecke bleiben. Überspitzt formuliert: Für den Frieden darf gefoltert werden, und dies von israelischer und palästinensischer Seite.

Trotz Friedensprozeß hat sich die Lage der Menschenrechte für die Palästinenser nicht gebessert. Was Israel betrifft, hat es nur graduelle Veränderungen gegeben. Nach wie vor greift das Land massiv und mit aller Härte in das tägliche Leben der Palästinenser ein. Neu hingegen sind die Einschüchterung und die Mißhandlung der Palästinenser durch ihre eigenen Landsleute. Ohne einen massiven Druck von außen wird sich an dieser Lage nichts ändern. Ein solcher ist weder von den USA noch der Europäischen Union zu erwarten. Deshalb ist zu befürchten, daß in diesem Friedensprozeß die Menschenrechte auf der Strecke bleiben.

Ludwig Watzal